Dienstag, 31. Juli 1928 - 76. Jahrgang Nr. 357

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Einzel-Nummer 10 Pfennig

Freitag das achtseitige farbig illustrierte Witzblatt ULK

Mit „Jede Woche Musik"
Moden-Zeitung · Sport-Zeitung
Film-Zeitung · Haus u. Garten-Ztg.
Techn. Zeitung · Witzblatt „ULK"

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Festtags und Montags einmal. Abonnementspreis einschließlich zweimaliger Zustellung durch die Botenfrau wöchentlich 85 Pfennig im voraus zahlbar; durch die Post 2,70 Reichsmark monatlich exklusive Zustellung im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Betrages. Anzeigen-Preis: Die 12gespaltene Zeile 90 Pfennig; für kleine Anzeigen: das Wort 16 Pfennig; das fettgedruckte Wort 25 Pfennig. Haupt-Expedition: SW., Jerusalemer Str. 46–48. Fernspr.: unter Dönhoff Nr. 2440 bis 2462; für den Fernverkehr Nr. 4207 bis 4210. – Rudolf Mosse-Code. — Postscheckkonto Nr. 234, Rudolf Mosse, Berlin NW. 7. — Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet. — Filialen: Badstr. 41, Blücherstr. 69, Fennstr. 1, Fidicinstr. 8, Frankfurter Allee 286 u. 345, Greifswalder Straße 197, Große Frankfurter Straße 101, Kochhannstrasse 8, Königstr. 19, Kösenicker Strasse 67–68, Moritzplatz, Müllerstrasse 135, Potsdamer Strasse 35, Rathenower Strasse 3, Rheinsberger Strasse 79, Rosenthaler Strasse 40, Schillingsdamm 4, Schönhauser Allee 144, Turmstrasse 61, Wasserstrasse 1–6, Zimmerstrasse 90; Charlottenburg: Kaiserdamm 20; Kantstr. 34, Nürnberger Str. 23–28, Scharrenstrasse 29, Tauentzienstrasse 2; Cöpenick: Schloßstr. 1; Friedenau: Rheinstrasse 19; Halensee-Grunewald: Bentrettenpl.; Lichtenberg: Frankf. Allee 241; Lichterfelde-West: Curtiusstr. 1–2; Neukölln: Berliner Str. 41, Hermannstr. 66–94, Kaiser-Friedrich-Str. 24; Niederschöneweide: Brückenstrasse 22; Pankow: Borsholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 8; Schöneberg: Hauptstr. 23–24, Martin-Luther-Str. 97; Steglitz: Schloß-Str. 32; Tegel: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Grellstr. 7; Weissensee: Berliner Allee 247 (Anschlußpl.); Wilmersdorf: Kaiserplatz 17, Uhlandstr. 81; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 6a, Potsdam: Brandenburger Str. 28, Stettin: Mönchenstr. 31.

Chefredakteur: Otto Nuschke. — Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Chamberlains Chinasorgen – Calles verzichtet
Selbstmord im Wohlfahrtsamt

Befremdliche Kohlenpolitik

Die Preiserhöhung für Braunkohle — Das Verlangen des Steinkohlenbergbaues nach Subventionen

Von

Dr. Adolf Roeder

Schon wieder wird die Oeffentlichkeit durch Beschlüsse und Forderungen des deutschen Bergbaues beunruhigt. Sowohl vom Braunkohlen-, wie auch vom Steinkohlenbergbau gehen diesmal Bestrebungen aus, die Preiserhöhungen bzw. staatliche Unterstützungen zum Ziele haben. Man hatte nach dem Fiasko der Braunkohlenindustriellen, das sie in der Sitzung vom 29. Juni erlitten, annehmen können, dass vorläufig von Kohlenpreiserhöhungen nicht mehr die Rede sein würde. Ihre Pläne waren, wie erinnerlich, damals insofern durchkreuzt worden, als sie durch das Eingreifen der Aufsichtsbehörden solange vertagt werden mussten, bis eine Kommission die Selbstkostenlage der Braunkohlenindustrie von neuem untersucht haben würde. Vor wenigen Tagen ist nun bekanntlich ein Communiqué veröffentlicht worden, aus dem hervorging, dass zwei Anträge gestellt worden sind. Einmal sollten die Preise für Hausbrandbriketts für beide Syndikate, und zwar für August auf 14 Mark und für September auf 15 Mark festgesetzt werden. Zum anderen sollten für Industriebriketts die Preise für Mitteldeutschland auf 14 Mark und für Ostelbien auf 13 Mark erhöht werden. Der erste Antrag wurde vom grossen Ausschuss des Reichskohlenrats mit Stimmenmehrheit, der zweite einstimmig angenommen. Der Vertreter des Reichswirtschaftsministers erhob aber gegen den Beschlus über die Festsetzung der Hausbrandbrikettpreise insoweit Einspruch, als der Beschluss eine Erhöhung gegenüber den Preisen des letzten Jahres vorsieht.

Die Braunkohlenindustrie hat es mit ihren Preiserhöhungen sehr eilig. Kürzlich verlautete noch, dass der Reichskohlenverband und der Reichskohlenrat zunächst einmal den Bericht der neuen Prüfungskommission kennenlernen wollten, ohne sofort zur Frage der Erhöhung der Braunkohlenpreise Stellung zu nehmen. Das wäre zweifellos auch der richtige, ja vom Standpunkt der Gesamtwirtschaft aus der einzig mögliche Weg gewesen. Man durfte erwarten, dass das Gutachten erst weiteren Kreisen zugänglich gemacht werden würde, bevor man an die Hinaufsetzung der Preise heranging. Aus der sehr dürftigen offiziellen Mitteilung war nur zu ersehen, dass die Kommission nicht zu einem einheitlichen Ergebnis gekommen ist, jedoch in ihrer Mehrheit dem grossen Ausschuss des Reichskohlenrats zur Erwägung anheimgestellt hat, die Preise bis einschliesslich Dezember dieses Jahres unter teilweiser Erhöhung bis zu einer Mark je Tonne gegenüber den vorjährigen Preisen festzusetzen. Das ist alles, was man über den Bericht erfährt, also nicht das Mindeste über den Inhalt des Gutachtens und die Begründung der Preiserhöhung.

Ebensowenig wird mitgeteilt über die sicherlich bei den Beratungen als Unterlagen benutzten Ergebnisse des Gutachtens, das seitens der Braunkohlenindustrie schon vor längerer Zeit von Professor Schmalenbach über die Abschreibungssätze im Braunkohlenbergbau eingefordert worden ist. Auch dieses Material hat man der Oeffentlichkeit bisher vorenthalten, so dass ihr für die Beurteilung der jetzt getroffenen Entscheidung die Handhabe fehlt. Eigenartig muss es auch berühren, dass das Reichswirtschaftsministerium, das sich seither immer im Interesse der weiteren Gestaltung der industriellen Konjunktur für eine Niedrighaltung der Kohlenpreise einsetzte, jetzt plötzlich an einer Erhöhung der Preise für Industriebraunkohle nichts zu beanstanden findet. Dies in einem Augenblick, in dem über die voraussichtliche Entwicklung der Konjunktur grosse Unsicherheit herrscht. Es scheint fast, als ob hierbei die Erwägung eine Rolle spielte, dass bei einer Erhöhung der Braunkohlenpreise die schwierigen Absatzverhältnisse des Steinkohlenbergbaues eine Milderung erfahren würden — eine recht bedenkliche Einstellung. Die durchaus zu begrüssende Ablehnung der Verteuerung der Hausbrandbriketts entspringt offensichtlich der Absicht, die Verbraucher zu schützen. Allerdings erscheint dieser Schutz nicht als ausreichend. Die Erfahrungen des letzten Winters sollten ein Menetekel sein und den Aufsichtsbehörden den Gedanken nahelegen, schon jetzt die Kohlenversorgung für den nächsten Winter unbedingt sicherzustellen. Auf keinen Fall dürfen sich die unerfreulichen Vorgänge des vergangenen Jahres wiederholen.

Während die Braunkohlenindustrie einen energischen Kampf um Preiserhöhungen führt, macht das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat einen die Gesamtwirtschaft nicht weniger berührenden Vorstoss in anderer Richtung. Die neuerdings in England erfolgende Rückkehr zur Subventionspolitik für den Bergbau in Form von Frachterleichterungen für englische Exportkohle hat auch beim Ruhrkohlenbergbau den Wunsch nach staatlicher Unterstützung wachgerufen. In dem über die letzte Mitgliederversammlung des Syndikats ausgegebenen Bericht wurde zwar zum Ausdruck gebracht, dass man grundsätzlich Gegner jeder staatlichen Subventionspolitik sei. Mit dem gleichen Atemzuge wurde aber von der deutschen Regierung verlangt, sie solle sich angesichts der in Aussicht stehenden englischen Massnahme mit ihrem ganzen Einfluss dafür einsetzen, dass die Verkehrswünsche des Ruhrkohlenbergbaues, das heisst also der Wunsch auf Herabsetzung der Kohlentarife, erfüllt werde. Man erinnerte dabei an das Versprechen, das Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius im März 1926 gegeben hat. Er erklärte nämlich damals, dass, wenn die englischen Subventionen über den 1. Mai 1926 hinaus fortgesetzt werden sollten, auch für den deutschen Steinkohlenbergbau von der Regierung Mittel zur Verfügung gestellt werden würden. Da diese Voraussetzung jedoch nicht eintraf, unterblieb seinerzeit eine Stützungsaktion für den deutschen Steinkohlenbergbau. Jetzt wird dieses Versprechen aufgegriffen und eine Einlösung mit dem besonderen Hinweis darauf verlangt, dass die heutige Lage des Ruhrkohlenbergbaues noch ernster sei als damals.

Man muss den Rückfall Englands in das Subventionssystem ausserordentlich bedauern, aber doch betonen, dass die englische Montanindustrie seit Ausbruch des grossen Streiks im Bergbau eine weit ungünstigere Entwicklung genommen hat als der deutsche Bergbau, der aus dieser Situation bekanntlich sehr grosse Vorteile zog. Die Produktions- und Ausfuhrzahlen liefern dafür einen klaren Beweis. Wenn jetzt die Kohlenindustrie auf dem Umwege über die Regierung von der Deutschen Reichsbahngesellschaft Frachterleichterungen verlangt, so sollte nicht vergessen werden, dass die Reichsbahn bereits verschiedentlich Entgegenkommen in der Frage der Kohlenfrachten gezeigt hat, und dass weitere Konzessionen nur durch allgemeine Tariferhöhungen zu kompensieren wären.

Englands Mißtrauen gegen Amerika

Chamberlain will Nanking nicht anerkennen — Das isolierte Vorgehen Washingtons

LONDON, 30. Juli.

Der Aussenminister Chamberlain erklärte heute im Unterhaus, dass die Unterzeichnung des neuen amerikanisch-chinesischen Vertrages durch den amerikanischen Gesandten in Peking und den Nankinger Finanzminister mit einer Anerkennung der nationalistischen Regierung durch die Vereinigten Staaten gleichbedeutend sei. Da die Vereinigten Staaten den Vertrag unterzeichnet hätten, ohne vorher mit den anderen Mächten zu verhandeln, sei es unmöglich, gleichzeitig mit den Vereinigten Staaten die nationalistische Regierung anzuerkennen.

England denke nicht daran, eine besondere Führerrolle in dieser Beziehung zu übernehmen. Die britische Regierung habe die Grundlinien ihrer Politik bekanntgegeben und werde, wenn der Nanking-Zwischenfall beigelegt sei, bereit sein, auf jener Basis mit der nationalistischen Regierung weiter zu verhandeln.

*

Die Erklärung Chamberlains über die Haltung der englischen Regierung zur China-Frage ist ausserordentlich interessant, denn sie war ihrem ganzen Inhalt nach an die Adresse Amerikas gerichtet.

In England hat man der amerikanischen Regierung einen Vorwurf daraus gemacht, dass sie es nicht für notwendig hielt, vor dem Abschluss des Vertrages mit Nanking mit den anderen in China interessierten Grossmächten in Fühlung zu treten. Durch das selbständige Vorgehen Amerikas seien die Interessen der anderen Mächte ernstlich geschädigt worden.

Chamberlain erklärte ganz deutlich, dass England nicht die Absicht hat, sich dem amerikanischen Vorgehen anzuschliessen und ebenfalls die Nanking-Regierung anzuerkennen. Dies bedeutet, dass Washington vorläufig in seiner China-Politik völlig isoliert bleiben soll, was die Amerikaner aber keinesfalls beunruhigen dürfte. Denn augenscheinlich wollte die amerikanische Regierung die Gelegenheit zu einem Sondervorgehen benutzen, um ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen in China sicherzustellen. Eine bedenkliche Lage würde erst dann eintreten, wenn ein offener Konflikt zwischen Japan und Amerika ausbrechen sollte. Dann allerdings würde Amerika einer gemeinsamen Front Englands und Japans gegenüberstehen, und es würde der Washingtoner Diplomatie manche Schwierigkeit kosten, mit seinem Sondervorgehen in China durchzudringen.

England und Japan erklären sich vorläufig zu getrennten Verhandlungen mit Nanking bereit. Darin liegt aber keinesfalls die Zusage, sich mit der Nanking-Herrschaft in China abzufinden. Vielmehr wird man sich in London und Tokio an die Tatsache halten, dass der Bürgerkrieg in China eines Tages wieder losgehen kann.

Zwei Russen in Stockholm verhaftet. In Stockholm wurden zwei Russen, Michelew und Dr. Alexandrow, unter dem Verdacht der Spionage verhaftet. Die Untersuchung soll ergeben, ob sie tatsächlich Spionage zugunsten Sowjetrusslands getrieben haben.